



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 23.10.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Die Konfliktsseiten beachten im Ganzen die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Fristen für den Abzug von Technik, trotz einzelner Verletzungen von der ukrainischen Seite. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR bei den Friedensverhandlungen, der Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin.

„Der Abzug läuft gemäß Plan, aber es gibt eine Reihe Verletzungen, die wir versuchen auf direktem Weg zu lösen, direkt an den Fakten. Im Ganzen meine ich, dass der Abzug von Technik eingehalten wird“, sagte Puschilin auf Fragen von Journalisten.

Dan-news.info: Der größte Fortschritt bei den Minsker Verhandlungen hat bis heute die Untergruppe zu ökonomischen Fragen erreicht, erklärte heute im Volkssowjet der DVR der Sprecher des Parlaments Denis Puschilin.

„Der größte Fortschritt ist in der Untergruppe zu ökonomischen Fragen, es gibt ein Einvernehmen über die Objekte, die wiederaufgebaut werden sollen. Das heißt es wird eine Analyse dieser Objekte sowohl in der DVR als auch in der LVR laufen“, sagte Puschilin.

Nach den Worten des Sprechers ist insbesondere die Rede vom Wiederaufbau von Hochspannungsleitungen und der Entminung des Territoriums entlang der Kontaktlinie. Er bemerkt, dass trotz der unwesentlichen Erfolge in der Arbeit der anderen Untergruppen für die DVR die Fortführung des Verhandlungsprozesses in Minsk wichtig ist.

Dnr-online.ru: Gemäß Punkt 8 des Maßnahmekomplexes, der in Minsk am 12. Februar 2014 unterschrieben wurde, ist die Ukraine verpflichtet die sozialökonomischen Verbindungen wiederherzustellen, einschließlich der Zahlung von Renten. Kiew versucht der Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, durch gerichtliche Entscheidungen zu entkommen und negiert die politischen Komponenten. Wir erinnern daran, dass der höchste Verwaltungsgerichtshof der Ukraine die Entscheidung getroffen hat, dass der Rentenfonds der Ukraine verpflichtet ist den Rentnern des Donbass Zahlungen zu leisten. Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte das Verhalten der Kiewer Regierung.

„Die Gerichtsentscheidung selbst zeigt, dass die Ukraine uns tatsächlich nie als Teil ihres Territoriums betrachtet hat. Wenn man ehrlich nachdenkt, kann man Truppen beispielsweise in die Nachbarstraße schicken, die man als seine betrachtet? Wenn ein Soldat einmal auf das Volk schießt, so ist es beim zweiten Schuss schon mehr seines. Das heißt, dass wir für sie tatsächlich niemals ein Teil der Ukraine waren.

Historisch sind wir verschieden und es ist nur mit Hilfe bewaffneter Kräfte möglich uns zu zwingen

gleich zu sein. Radikale politische Parteien der Ukraine haben die Anwendung militärischer Operationen legalisiert, um uns zu zwingen gleich zu werden. Ich bin sehr stolz, dass ich in diesem Land geboren wurde mit Menschen, die selbst Waffen in die Hand nehmen konnten und ihre Ehre und Würde verteidigen“, sagte Alexandr Sachartschenko.